Wo hat die Volksfront je gesiegt?

Referat "Zur Rezeptionsgeschichte des VII. Weltkongresses"

Hans Christoph Stoodt Seminar Marx-Engels-Stiftung, Leverkusen, 29. – 31. August 2025

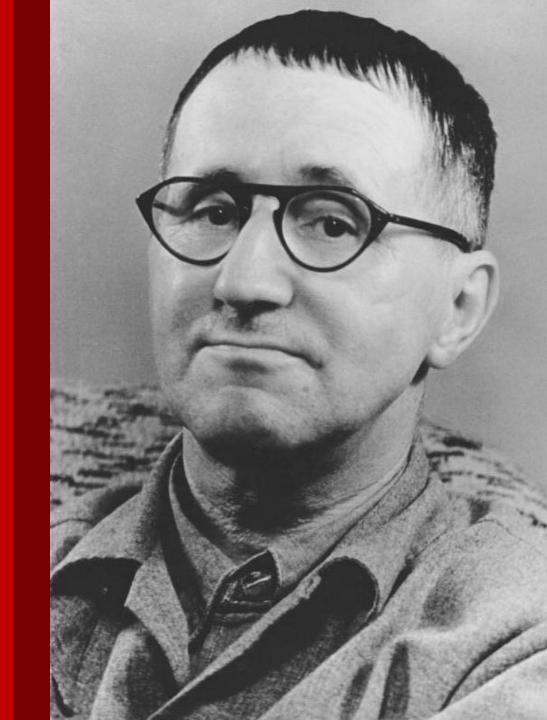
Drei Bemerkungen vorweg

- "work in progress" im spezifischen Kontext
- Ziel: Ernstnehmen eines historischen Prozesses in seinen Ergebnissen und in praktischer Absicht
- Zu meiner Sprecher-Position und Haltung in der Diskussion

"Der Faschismus ist eine historische Phase, in die der Kapitalismus eingetreten ist, insofern etwas neues und zugleich altes. Der Kapitalismus existiert in den faschistischen Ländern nur noch als Faschismus und der Faschismus kann nur bekämpft werden als Kapitalismus, als nacktester, frechster, erdrückendster und betrügerischster Kapitalismus.

Wie will nun jemand die Wahrheit über den Faschismus sagen, gegen den er ist, wenn er nichts gegen den Kapitalismus sagen will, der ihn hervorbringt? Wie soll da seine Wahrheit praktikabel ausfallen?"

Bertolt Brecht, Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit, 1934/35





Programm der Komintern (1928) Zusammenfassung:

- Orientiert auf Diktatur des Proletariats und sozialistischen Aufbau als unmittelbares strategisches Ziel – keine Zwischenetappe!
- Sozialdemokratie und Faschismus als zwei Hauptstützen der bürgerlichen Herrschaft.
- Einheitsfront von unten, um Einfluss der Sozialdemokratie zurückzudrängen.
- Kampf gegen Faschismus kann vom Kampf gegen Kapitalismus und für Sozialismus nicht getrennt werden.





7. Februar 1933

Wie haben sich die Positionen vom VI. zum VII. Weltkongress verschoben?

VII. Weltkongreß

der Kommunistischen

Internationale

Georgi Dimitrow

Arbeiterklasse gegen Faschismus

Verlag: Karl Kreibich, Prag

Faschismus

- "offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" – also Diktatur nur von Teilen der Bourgeoisie…
- Faschismus und Demokratie sind laut Dimitroff qualitativ unterschiedliche Staatsformen

Bündnispolitik

- Einheitsfront mit Sozialdemokratie auch "von oben"
- Antifaschistische Bündnisse auch mit Teilen der Bourgeoisie

Volksfront(-Regierungen)

- Kommunisten sollen auf dem Boden des Kapitalismus in Regierungen eintreten – explizit nicht Diktatur des Proletariats.
- Demokratie, nicht Sozialismus als n\u00e4chstes Ziel!

VII. Weltkongreß

der Kommunistischen

Internationale

Georgi Dimitrow

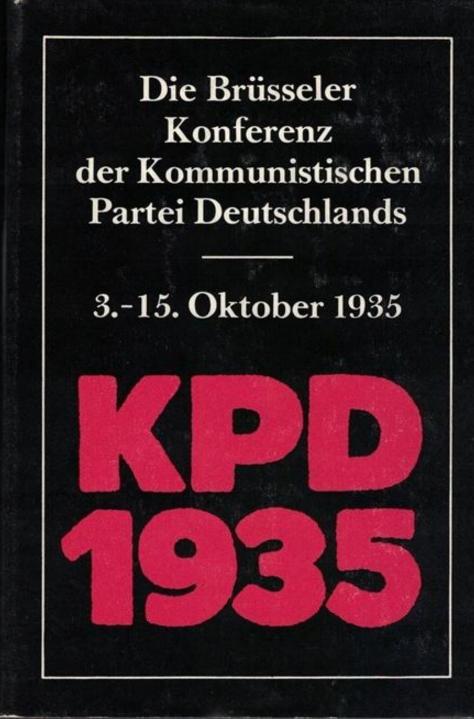
Arbeiterklasse gegen

Faschismus

Verlag: Karl Kreibich, Prag

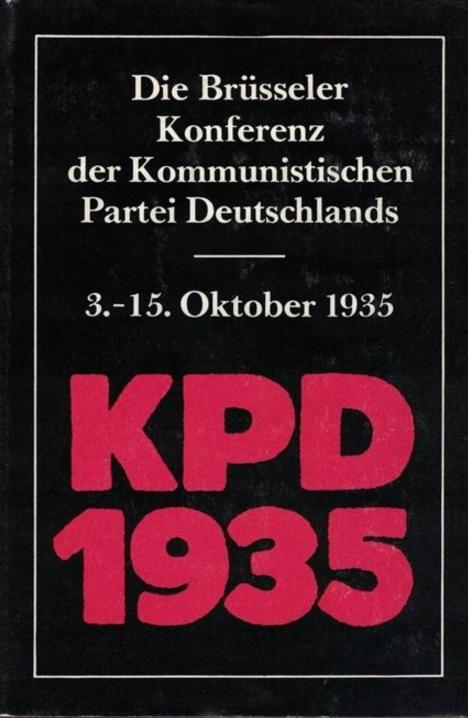
Selbstkritik der KPD:

- Abwendung von der "Sozialfaschismus"-These und Annäherung an die Sozialdemokratie für den gemeinsamen antifaschistischen Kampf.
- Orientierung an den Beschlüssen des VII. Weltkongresses: Fokus auf die Bildung einer antifaschistischen Volksfront.
- Grundsatzbeschluss zur Schaffung einer **Aktionseinheit** aller Teile der Arbeiterklasse gegen die Hitlerdiktatur..
- Verabschiedung des Manifests "An das werktätige deutsche Volk!" mit dem Programm zum Sturz des NS-Regimes und zur Errichtung eines demokratischen Deutschlands.
- **Einheitsfrontangebot** an alle sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen zur gemeinsamen Aktion gegen den Faschismus.
- Betonung der **Demokratisierung** Deutschlands als zentrale Ziele der KPD-Politik.
- Die Beschlüsse der Konferenz bilden die Grundlage für das spätere Programm der KPD und Strategie im Kampf gegen den Faschismus, insbesondere für die Berner Konferenz und den Aufruf von 1945.



Wilhelm Pieck:

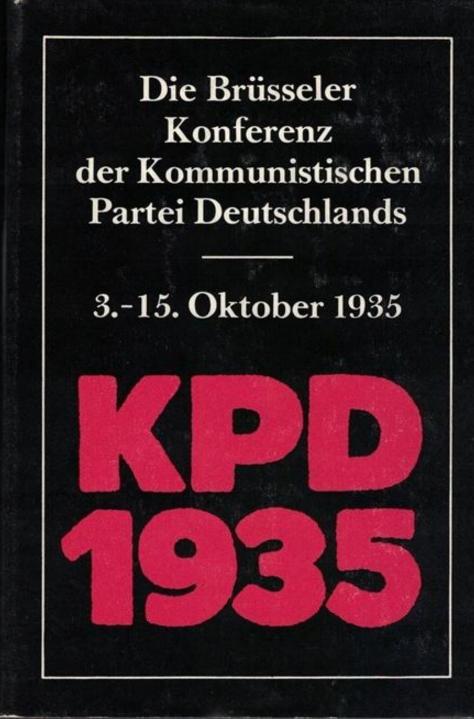
"So notwendig es war, dass wir den schärfsten Kampf führten gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie, gegen die Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse zugunsten der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft, gegen den Terror, den die Sozialdemokratie als Regierungsmacht gegen die revolutionären Arbeiter zur Unterdrückung ihrer Bewegung anwandte, also den Hauptstoß gegen diese Politik richteten, so hätten wir doch bei einer richtigen marxistischen Analyse der Lage und der Klassenkräfte die Veränderungen bemerken müssen, die in dieser Zeit vor sich gingen, in der die faschistische Gefahr immer stärker in den Vordergrund trat. Wir hätten also unseren Kampf gegen die Sozialdemokratie in ein richtiges Verhältnis zu dem Kampf gegen den angreifenden Faschismus bringen müssen. Das ist nicht geschehen, und darin liegt unser schwerster Fehler bei der Ausarbeitung unserer politischen Linie."



Wilhelm Pieck:

"Der VII. Weltkongress hat die völlig neue Frage behandelt, dass in dem Vormarsch der revolutionären Massenbewegung eine Situation eintreten kann, bei der die Massen wohl zum Sturz der faschistischen Diktatur entschlossen sind, aber noch nicht bereit sind, den Kampf um die Sowjetmacht aufzunehmen. Unter solchen Bedingungen werden die Kommunisten für die Schaffung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront, die noch keine Regierung der proletarischen Diktatur ist, die aber die Durchführung entschlossener Maßnahmen gegen Faschismus und Reaktion garantiert, eintreten, sie unterstützen und unter gewissen Voraussetzungen auch selbst an ihr teilnehmen. [...] Mit unseren freiheitlichen Losungen und unserem Kampf für die demokratischen Rechte und Freiheiten werden wir breite Massen in Deutschland für den gemeinsamen Kampf gewinnen, die zwar noch nicht mit unserem revolutionären Endziel der Schaffung der Sowjetmacht einverstanden sind, die auch doch bereit sind, mit uns gemeinsam für den Sturz der Hitlerdiktatur zu kämpfen. Mit diesen Lösungen werden wir sogar Teile der Bourgeoisie in die Volksfront einbeziehen. Wir handeln damit durchaus nach der Lehre von Lenin, dass wir 'die Form des Übergehens zur proletarischen Revolution oder des Herangehens an sie ausfindig machen müssen'."

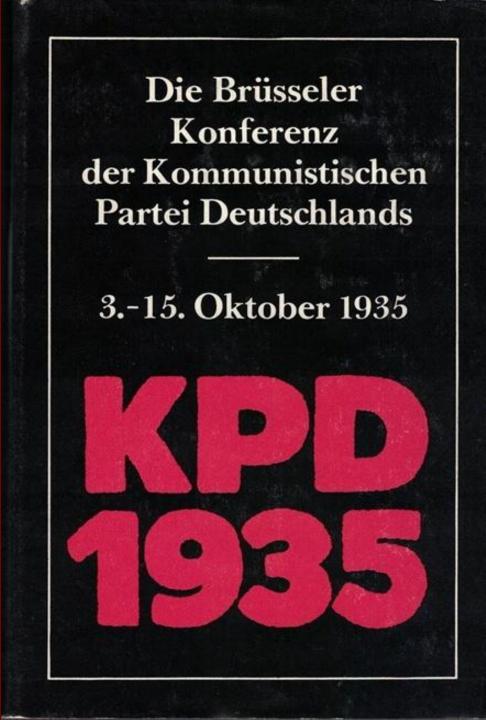
(W. Pieck, "Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", in: Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands (3.-15.10.1935), Frankfurt 1975, S. 172.)



Wilhelm Pieck Übernahme der Etappentheorie

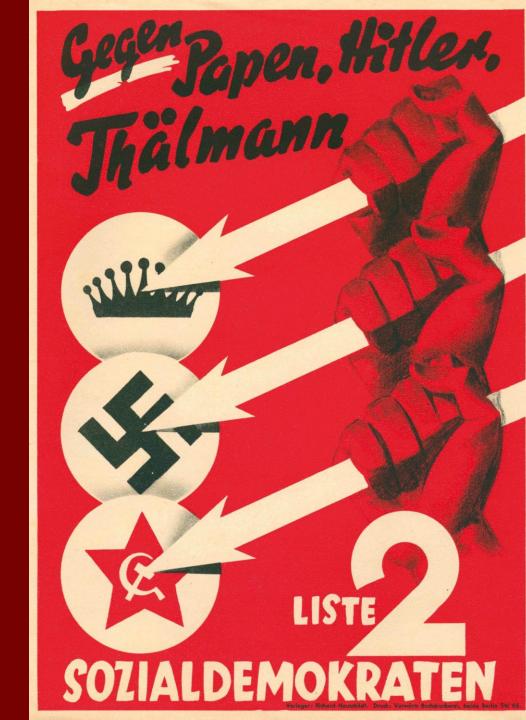
"Die Errichtung einer demokratischen Republik bildet eine notwendige Etappe auf dem Weg zur sozialistischen Revolution in Deutschland."

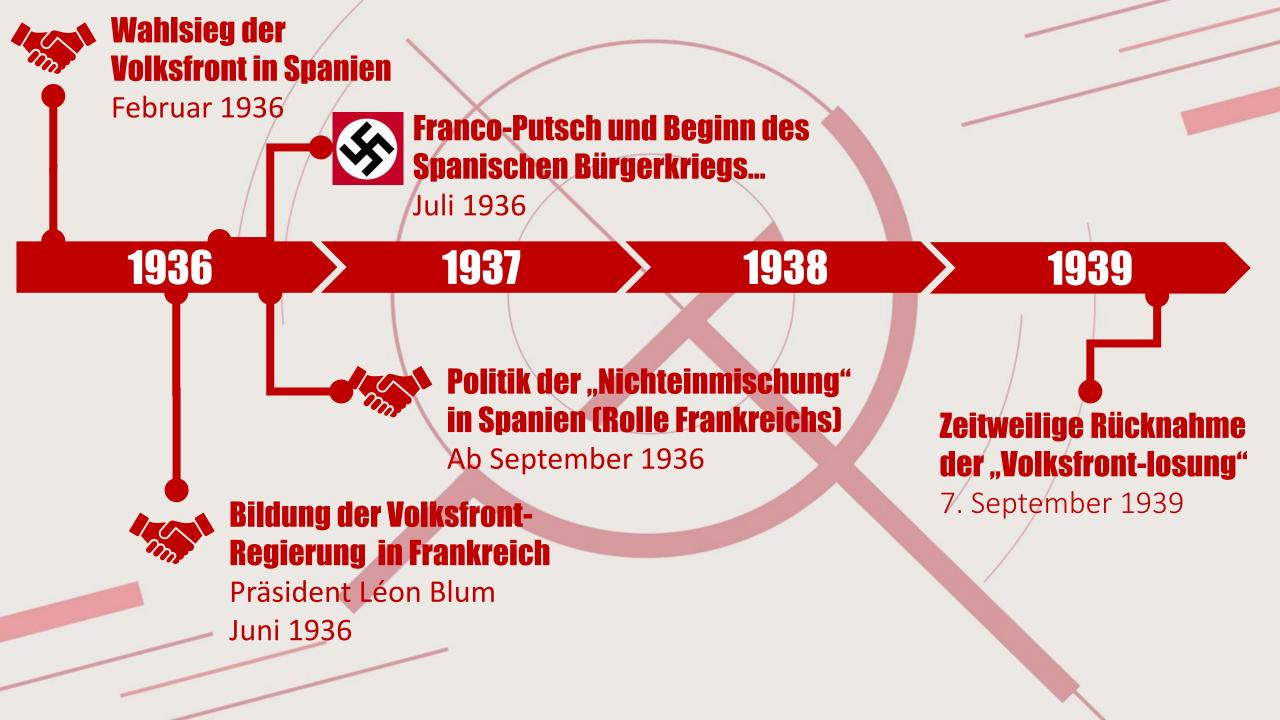
Manifest und Resolution der Brüsseler Konferenz, zit. nach Berthold/Diehl (Hg.): Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Berlin 1967, S. 155ff.



EXKURS: "Sozialfaschismus"-These

- Die Analyse von Sozialdemokratie und Faschismus als zwei "Hauptstützen" der bürgerlichen Herrschaft, war zweifellos richtig!
- Die (teilweise plumpe) Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Faschismus war dagegen ein taktischer Fehler – aber sie gehörte nicht zum strategischen Kern der Komintern-Linie.
- Der eigentliche Fehler der Komintern und der KPD bestand darin, zu lange den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie geführt zu haben, obwohl die herrschende Klasse bereits begonnen hatte, auf den Faschismus als primäre Stütze ihrer Macht zu setzen.
- Es wäre notwendig gewesen, ab 1930 den Hauptstoß gegen die Faschisten zu führen.
- Mit der Gründung der Antifaschistischen Aktion im Juli 1932 wurde diese Veränderung auf der Basis der "roten Einheitsfront" (von unten) vielerorts vollzogen, von der Parteiführung der SPD aber bekämpft.

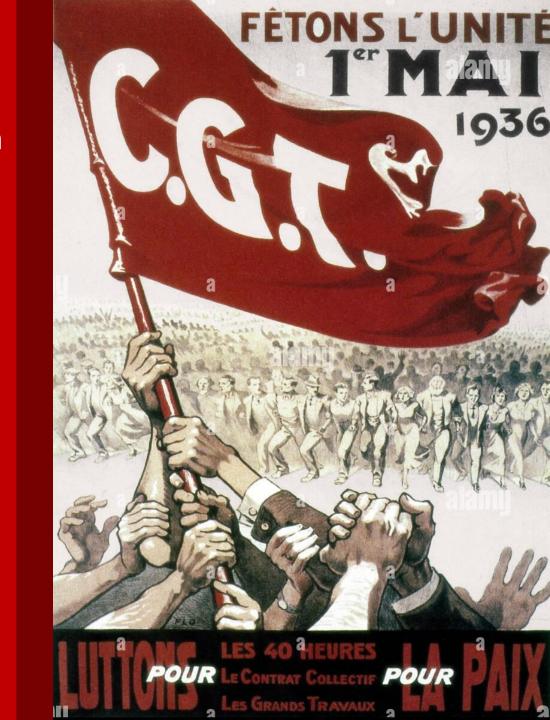




Das Beispiel Frankreich

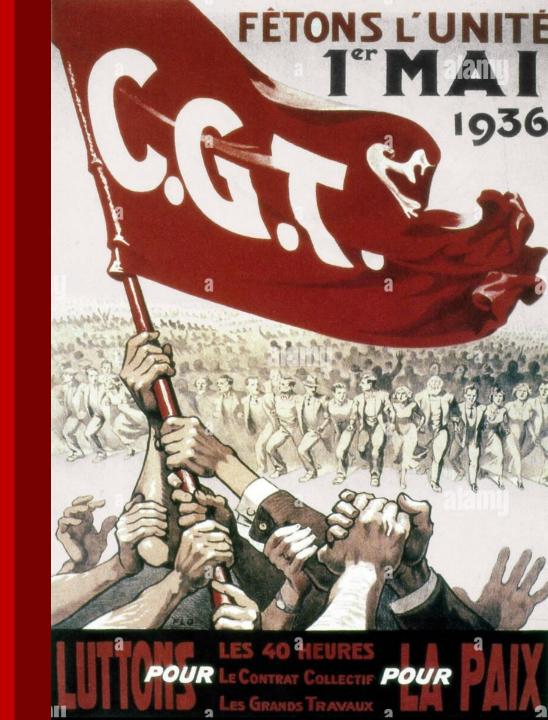
- Reaktion auf den faschistischen Putschversuch vom 6. Februar 1934
- Aktionspakt PCF /SFIO Juli 1934
- Volksfront und Wahlsieg Mai 1936:

 "Rassemblement populaire pour le pain, la paix et la liberté"; PCF verdoppelt Stimmenanteil auf 1,5 Mio)
- Massenstreik und Matignon-Abkommen: spontane Streikwelle mit 2 Millionen Teilnehmern und Fabrikbesetzungen. Ministerpräsident Léon Blum moderierte am 7. Juni 1936 die Matignon-Verträge zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften, enorme Verbesserungen für die unmittelbare Lage der Arbeiterklasse (40 Stundenwoche, Mindestlohn, Tarifverträge, bezahlter Urlaub ...)



Das Beispiel Frankreich

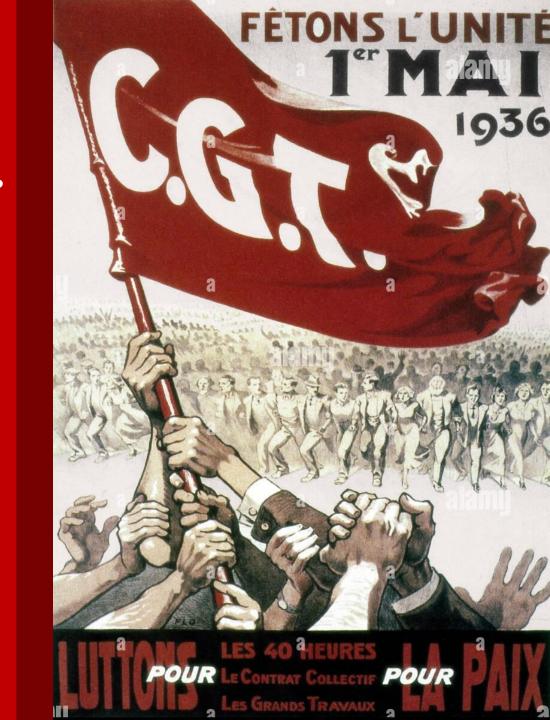
- Volksfrontregierung unter León Blum, PCF unterstützt, aber keine Minister
- Umfassendes Reformprogramm: in 73 Tagen werden 133 Gesetze verabschiedet
- Verstaatlichung der Waffenindustrie, Eisenbahnen und Luftfahrt, Verbot der faschistischen Ligen, Gründung des Office de Blé für Bauern und Reform der Banque de France
- massive Lohnerhöhungen, bezahlter Urlaub



Volksfront & Etappentheorie

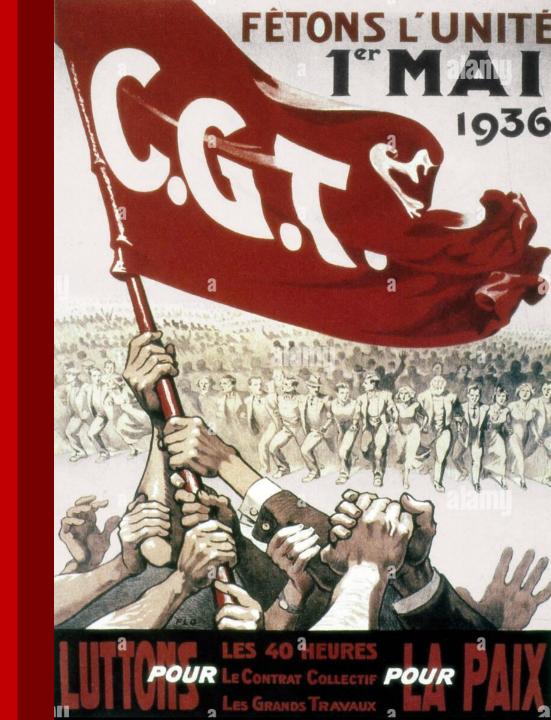
"La politique de la France doit être une politique de paix, de défence de la démocratie contre la menace fasciste. (...) Nous ne visons dans cette Etappe que la sauvegarde des libertés démocratiques et l'amélioration immédiate de la condition ouvrière. Der Sozialismus bleibt das Endziel, aber in dieser Etappe ist der antifaschistische Kampf vorrangig."

(VIII. Parteikongress der KPF, Januar 1936; zit nach Rudolf von Albertini, Zur Beurteilung der Volksfront in Frankreich (1934-1938). In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 7. Jahrgang (1959), Heft 2, S. 130–162)



Volksfront & Spanischer Bürgerkrieg

- Die Volksfrontregierung beteiligt sich an der Politik der "Nichteinmischung"
- keine Waffen für die Volksfront der spanischen Republik
- aber französischsprachige Interbrigade "Commune de Paris"
- PCF kritisiert diesen Kurs zunehmend, riskiert jedoch keinen Bruch der Volksfront wegen dieser Frage
- "struktureller Widerspruch", der die Volksfronten in Spanien und Frankreich gleichermaßen schwächt



Seitenblick: 7. / 9. September 1939 Die Volksfrontpolitik wird zurückgenommen (später aber stillschweigend weiterverfolgt)

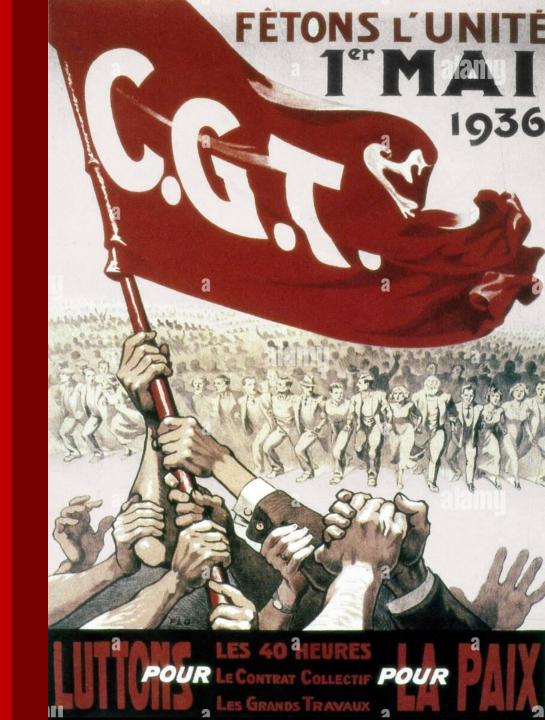
- 7. September: Stalin, Molotow, Shdanow, Dimitroff bewerten die "Volksfrontlosung" / "Einheitsvolksfront", Losung der "nationalen Einheit" als "Politik zur Erleichterung des Loses von Sklaven"
- auf ihr zu beharren heiße nach dem Beginn des Krieges,, auf Positionen der Bourgeoisie abzugleiten".
- Sie beschließen: "diese Losung wird zurückgenommen"
- Und fordern: der von den imperialistischen Staaten angezettelte Krieg muss in jedem einzelnen Staat gegen die jeweils "eigene" Bourgeoisie bekämpft werden
- 8. September: das Sekretariat des EKKI beschließt entsprechende Direktiven
- 9. September: die Direktiven gehen an alle Sektionen, PCF, PCGB, PCUSA und PCB werden aufgefordert, sich daran zu halten

(Quelle: Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933 – 1943, 2 Bde, hg. B. Bayerlein, Berlin 2000, Bd.1, S. 273f.)

• Auch wenn dieser Vorgang später stillschweigend seinerseits zurückgenommen wird zeigt er in einer Momentaufnahme, wie zentrale Protagonisten der KI über die Volksfrontpolitik (auch) dachten.

Résistance & Volksfront

- Gründung des "Front national de lutte pour la libération et l'indépendance de la France" am 15. Mai 1941
- Komintern-Direktive vom 26. April 1941, unterzeichnet von Dimitrov, Thorez und Marty, forderte explizit eine "frontistische Linie der nationalen Befreiung".
- PCF strebte eine "Nationale Einheit unter Ausschluss aller Verräter und Kapitulanten" an, mit der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei als "grundlegender Kraft"
- Ab 1943 beteiligte sich der Front national am Conseil national de la Résistance (CNR) unter Jean Moulin
- PCF akzeptierte die militärische Integration ihrer FTP in die Forces françaises de l'Intérieur (FFI) unter gaullistische Führung
- Insgesamt: Aufrechterhaltung der Volksfrontline Betonung nationaler statt Klassenpositionen im Sinn der bereits erprobten Etappen-Strategie

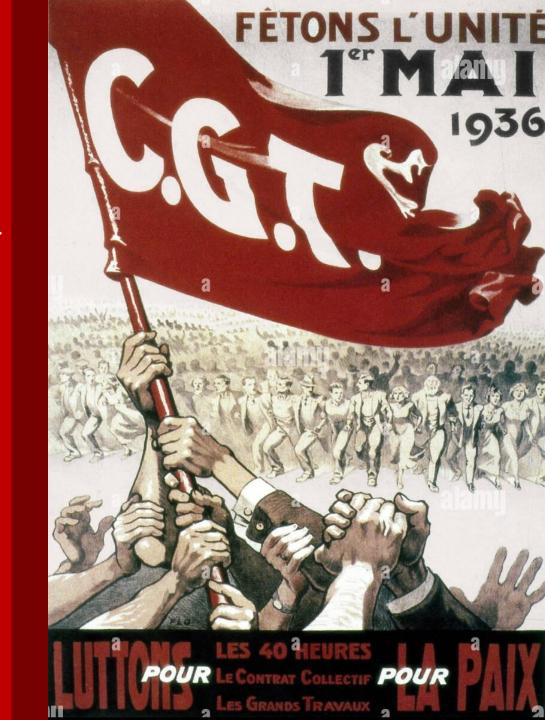


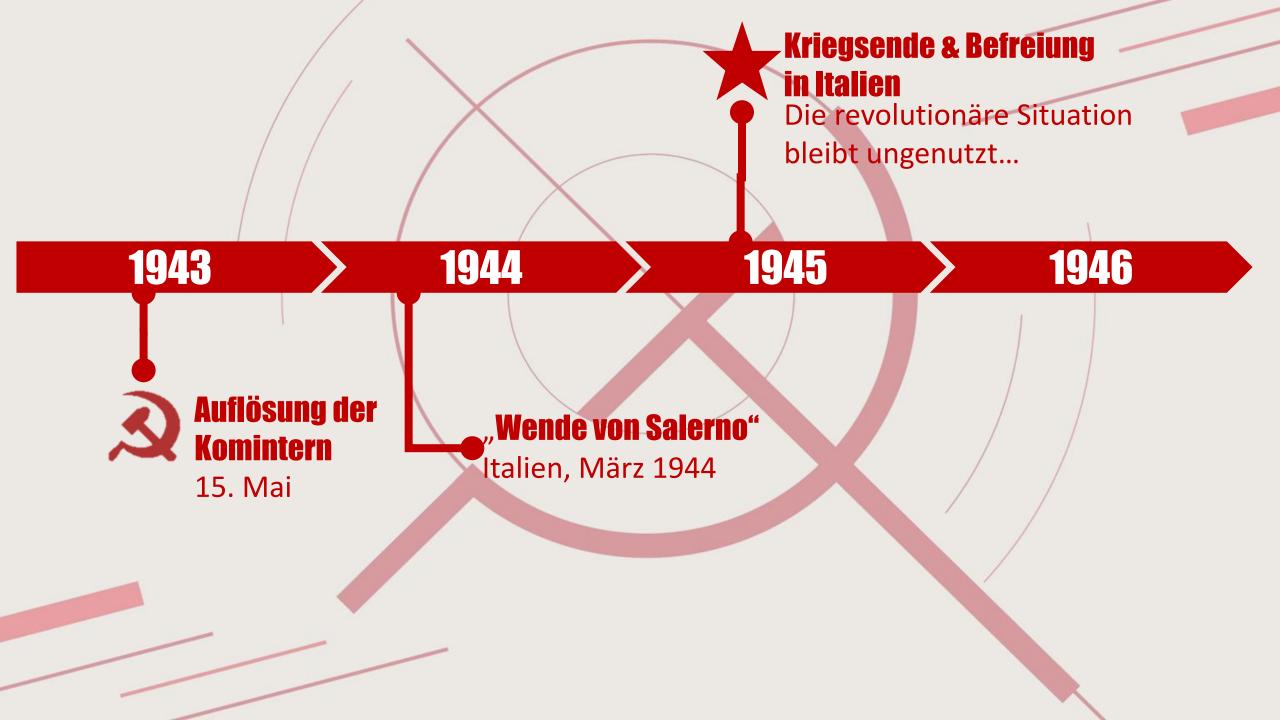
PCF nach dem 8. Mai 1945

"Die Partei dürfe nicht separat handeln, sondern müsse wie in den Dreißigerjahren auf eine Volksfrontregierung hinarbeiten."

Stalin zu Maurice Thorez, 19. November 1944.

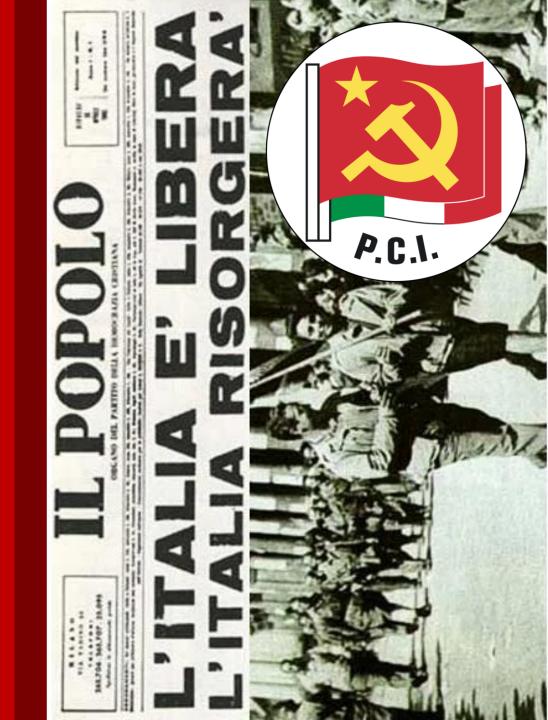
https://www.kommunismusgeschichte.de/jhk/jhk-2010/article/detail/stalin-und-die-kommunistischen-parteien-inwesteuropa-1944-1951





Das Beispiel Italien

- Die Kommunistische Partei Italiens (PCI) entstand 1921 aus Differenzen mit dem reformistischen Flügel des PSI. Antonio Gramsci prägte die Theorie des "historischen Blocks": breite Bündnisse mit den Bauern und dem städtischen Kleinbürgertum als Voraussetzung zur Machtergreifung durch das Proletariat ("Thesen von Lyon" 1926).
- Nach Gramscis Verhaftung 1926 durch die italienischen Faschisten wurde **Palmiro Togliatti** PCI-Vorsitzender und später führende Figur der Volksfrontpolitik.
- 1934 wurde ein **Einheitsfrontabkommen** zwischen PCI und PSI geschlossen, zunächst "von oben" und relativ wirkungslos an der Parteibasis. Frühe antifaschistische Initiativen in Italien scheiterten oft an der mangelnden Zusammenarbeit bürgerlicher Kräfte mit dem PCI.
- 1933 rief der PCI zu einem internationalen antifaschistischen Kongress in Paris auf, 1934 folgte das Einheitsfrontabkommen mit dem PSI nach dem Vorbild eines entsprechenden Abkommens der Französischen Kommunistischen mit der Sozialistischen Partei.



Resistenza

- Im Spanischen Bürgerkrieg kämpften italienische Antifaschisten in den Garibaldi-Brigaden; diese Erfahrungen stärkten den PCI.
- 1943 formierte sich das "Comitato di Liberazione Nazionale" (CLN) als zentrales Bündnis im antifaschistischen Widerstand. Die DC, gegründet 1942, wurde Teil des CLN, pflegte aber eigene Kontakte zur Großindustrie und zu den Alliierten.
- im März 1943 kam es zu **Massenstreiks gegen den Krieg** unter Führung des PCI, PSI und Partito d'Azione. Im Juli 1943 stürzte eine Palastrevolte Mussolini, doch die neue Regierung schlug antifaschistische Unruhen blutig nieder.
- Nach Italiens Seitenwechsel 1943 besetzten deutsche Truppen Nord- und Mittelitalien, eine Partisanenbewegung entstand. Der PCI wurde als führende Kraft der Resistenza anerkannt; seine Mitgliederzahl wuchs sprunghaft an.
- Der bewaffnete Kampf der Resistenza führte stellenweise zur Bildung **befreiter Volksmachtgebiete**. Die Haltung der Westalliierten gegenüber der Resistenza war zurückhaltend bis feindlich, um sozialistische Entwicklungen zu verhindern.



Volksfront & Befreiung 1945

"Nationale Einheit sei das Gebot der Stunde; Revolution und Kampf sollten im proalliierten Lager vorerst ausgeschlossen sein."

Stalin im Gespräch mit Palmiro Togliatti, 3. März 1944

Silvio Pons: Stalin, Togliatti, and the Origins of the Cold War in Europe, in: Journal of Cold War Studies, 3. Jg. (2001), H. 2, S. 3–11.



PCI zu Volksfront und Sozialismus 1944

"Wir fordern heute keinen sozialistischen Staat, sondern die möglichst breite demokratische Beteiligung aller demokratischen Kräfte am Wiederaufbau Italiens. Die Schaffung eines wirklich demokratischen Regimes in Italien ist die unerlässliche Etappe, die den Übergang zum Sozialismus ermöglicht."

Palmiro Togliatti, politische Grundsatzerklärung zur "Wende von Salerno", März 1944, zit. nach Gerhard Feldbauer: Die »Wende von Salerno«. in: Zeitung vum Lëtzebuerger Vollek. 30. April 2024



PCI, Volksfront und Sozialismus

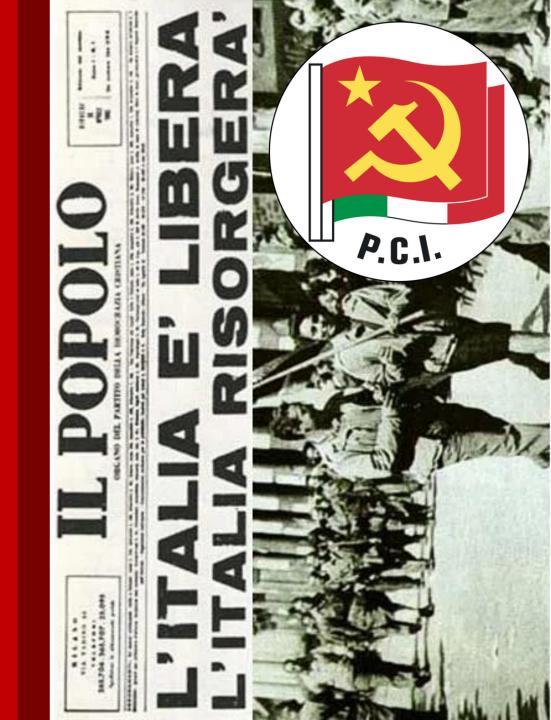
Das Problem der Einheit [...] hat einen weitaus umfassenderen Aspekt, der sich nicht nur auf das Proletariat beschränkt, sondern das gesamte Volk betrifft. ... Wir wissen, dass sich unter den Anhängern der christlich-demokratischen Partei Massen von Arbeitern, Bauern, Intellektuellen, jungen Menschen finden, die im Grunde dieselben Ziele anstreben wie wir, denn sie wollen, genau wie wir auch, ein demokratisches Italien, das die Forderungen der Arbeiterklassen erfüllt [...] Wir sind als Kommunistische Partei und Verbündete der Sozialistischen Partei bereit, ein Aktionsbündnis mit der Democrazia Cristiana zu bilden, das zum Ziel haben soll, dass die großen Massen der Kommunisten und die großen Massen der Katholiken gemeinsam für ein Programm kämpfen, das die wirtschaftliche, politische und soziale Erneuerung Italiens voranbringt."

Palmiro Togliatti, Rom, 9. Juli 1944, zit. nach https://www.kommunismusgeschichte.de/fileadmin/userupload/JHK/2010/10%20Agosti JHK2010 final.pdf



Volksfront und Befreiung 1945

- Die sowjetische Führung verpflichtete die Vorsitzenden von PCI und PCF darauf, nach der Befreiung wenn möglich in bürgerliche Regierungen einzutreten und die Frage der sozialistischen Revolution nicht aufzuwerfen. Beide Parteiführer hielten sich an diese Direktive. Auschlaggebend war die Lage in der Anti-Hitler-Koalition.
- Im März 1944 stimmte Togliatti zu, mit Badoglios Regierung zu kooperieren und sozialistische Ziele zurückzustellen die sog. "Wende von Salerno".
- Die CLN-Parteien traten 1944 der Regierung bei; eine gesellschaftliche Revolution wurde explizit nicht angestrebt. In den "Römischen Protokollen" vereinbarten CLN und Alliierte 1944 sogar die Entwaffnung und Auflösung der Partisanen in den befreiten Gebieten.
- Im April 1945 befreiten Partisaneneinheiten Norditalien vor Eintreffen der Alliierten; Arbeiterräte übernahmen in vielen Städten die Kontrolle. Hunderttausende bewaffnter Partisanen unter starkem Einfluss des PCI agierten in Nord- und Mittelitalien, ihre Führung verlangte den Übergang zur sozialistischen Revolution die Parteiführung lehnte das ab.
- Der PCI verzichtete nach dem Sieg 1945 explizit auf den Sozialismus als Ziel und strebte stattdessen eine "progressive Demokratie" an. Objektiv bestand in Italien von April bis Spätherbst 1945 eine revolutionäre Situation.
- Ab Mitte 1945 verfolgte die PCI-Führung eine strikt parlamentarische Linie, während der linke Flügel sozialistische Umgestaltung forderte. 1946 erklärte Togliatti in einer internen Rede, man habe 1945 die Möglichkeit der Revolution tatenlos vorübergehen lassen. Diese Äußerung wurde erst 1972 publiziert.



Ausblick: Eurokommunismus

- Mit der Entwicklung von der Politik des "blocco storico" zum historischen Kompromiss ("compromesso storico") setzte der PCI ab 1945/46 und verstärkt ab den 1970er Jahren auf eine breite, reformistische Allianz mit der DC, jedoch ohne dauerhaften Erfolg.
- Ab Mitte der 1970er Jahre traten die drei Parteivorsitzenden von PCE (Carillo), PCF (Marchais) und PCI (Berlinguer) als Wortführer einer "eurokommunistischen" Strömung auf, die sich mehr und mehr von der UdSSR und den sozialistischen Ländern, vom Marxismus-Leninismus und dem Sozialismus distanzierten.
- 1976 errang der PCI mit ca. 35% der Wählerstimmen sein bestes Ergebnis jemals. Die Parteiführung erklärte, sie wolle ein mögliches Bündnis mit der PSI nicht realisieren und verwies dafür auf die gescheiterte Unidad in Chile als warnendes Beispiel, die sich ihrerseits auf das Volksfrontkonzept bezogen hatte. Man wolle liebe mit der DC gemeinsam den "historischen Kompromiss" verfolgen.
- In Italien scheiterte dieser Kurs mit der sehr wahrscheinlich von der CIA mitorganisierten Ermordung Aldo Moros (DC) Mitte 1978. Im darauffolgenden Parteitag erklärte Berlinguer, man sei gescheitert und habe keine Alternative zum eurokommunistischen Kurs.
- 1980 distanzierte der PCI sich offiziell von UdSSR, Marxismus-Leninismus und Sozialismus. 1990 löste er sich auf.



Seitenblick: Chile 1970 – 1973

- Die Regierung der Unidad Popular unter Salvador Allende kam auf parlamentarischem Weg an die Macht
- sie stand in der jahrzehntelangen Tradition der chilenischen Arbeiterbewegung , auf dem Weg über ein Volksfrontbündnis zur sozialistischen Revolution zu kommen
- Sie konnte die **Machtfrage auf der Ebene des Staats** für das Erreichen weitergehender, revolutionärer Schritte nicht lösen
- Auch in den letzten Monaten ihrer Regierung blieb sie im Rahmen der verfassungsmäßigen, also der bürgerlichen Ordnung und lehnte zB. die Bewaffnung von Arbeiterorganisationen ab
- sie vertraute fast bis zuletz auf die Loyalität des Militärs und war im entscheidenden Moment nicht in der Lage die Ansätze einer revolutionären Entwicklung zu verteidigen
- sie konnte die **Machtfrage auch auf der ökonomischen Ebene** nicht gewinnen: sie verstaatlichte zwar erfolgreich den Kupferbergbau, aber es gab keine sozialistischen Strukturen für eine tatsächliche Vergesellschaftung
- die Unidad Popular griff erfolgreich soziale Verbesserungen der Lage der Arbeiterklasse an, ging aber darüber hinaus keinen entscheidenden Schritt in Richtung der sozialistischen Revolution sie blieb in der "ersten **Etappe"** hängen
- nach dem Ende des Pinochet-Regimes gab es einen völlig **friedlichen Üergang zur "normalen" bürgerlichen Herrschaft** mit Beteiligung zentraler Akteure des Faschismus zB. in Gestalt der Christdemokraten Chiles
- Vgl. Maria Galvao und Patrick Honer, Chiles Hoffnung und Chiles Katastrophe. Eine Einschätzung der Regierung Allendes und ihres Endes, in: https://kommunistischepartei.de/geschichte-theorie/chiles-hoffnung-und-chiles-katastrophe/)

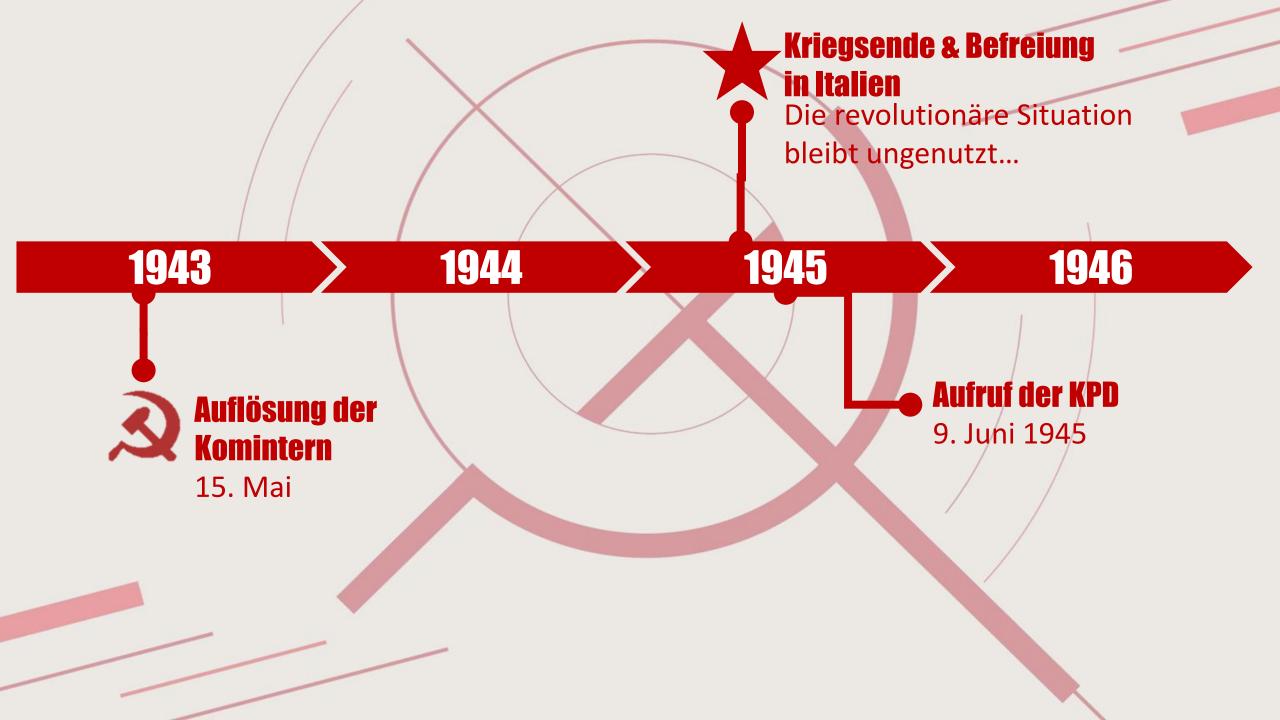
Seitenblick: Portugal 1974/75

- der portugiesische Salazar-Faschismus scheiterte an seinen Niederlagen in Kolonialkriegen sowie seinem ökonomischen Niedergang und langjähriger gesellschaftlicher Stagnation
- die "Nelkenrevolution" ist ein klassisches Beispiel für den erfolgreichen Sturz einer faschistischen Diktatur ohne Übergang zur sozialistischen Revolution, dessen Ergebnis eine der NATO und der EU (damals: EG) angehörige bürgerliche Republik blieb
- die revolutionären Kräfte, vor allem die PCP, verfolgten ein der Volksfrontstrategie verpflichtetes Etappen-Modell
- entscheidender konterrevolutionärer Akteur nach Niederlage der faschistischen Militärs wurde ab 1974 die in Deutschland unter Beteiligung Willy Brandt gegründete SP
- USA und Deutschland mischten durch durch finanzielle Intervention und sogar Waffenlieferungen an faschistische Terrorgruppen mit
- die Unterstützung der Sowjetunion für einen revolutionären Prozess blieb zurückhaltend, das maoistische China unterstützte aktiv konterrevolutionäre Gruppen in Portugal und Angola

Seitenblick: Portugal 1974/75 (Konsequenzen)

- die Politik der Bündnisse vom Typ "Volksfront", die zwischen dem "demokratischen Lager" und dem "faschistischen Lager" unterscheidet und die die Bourgeoisie in "Gut und Böse" einteilt, ist gescheitert.
- Der Sturz des Faschismus war ein Prozess, der sich durch seinen schnellen und vorübergehenden Charakter auszeichnete.
- Die zu verfolgende Bündnispolitik hätte das Bündnis zwischen dem Proletariat und den armen Volksschichten im Sinne der sozialistischen Revolution sein müssen, nicht mehr nur gegen die Faschisten, sondern gegen die Verteidiger der bürgerlichen Demokratie, gegen die gesamte Bourgeoisie und gegen die konterrevolutionären Kräfte im Kleinbürgertum gerichtet
- in Portugal hat sich gezeigt, dass es einen friedlichen Übergang zur sozialistischen Revolution nicht geben konnte (zB. über Weg einer Verfassungsgebenden Versammlung, die auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung stattfand).

(vgl.: 50 Jahre Sturz des Faschismus in Portugal. Welche Lehren ziehen wir für heute?, https://kommunistischepartei.de/diskussion/50-jahre-sturz-des-faschismus-in-portugal-welche-lehrenziehen-wir-fuer-heute/)



Stalin zur Nachkriegsordnung nach dem Sieg über den Faschismus

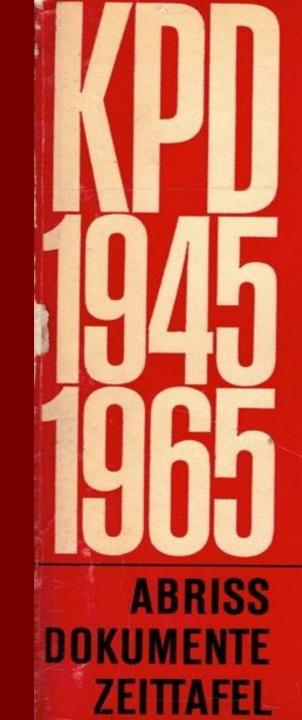
"Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein."

(Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953, Bd. 1, Novosibirsk, Moskau 1997, S. 457 ff. und S. 511; auch Leonid Gibjanskij: Osteuropa: Sicherheitszone der UdSSR, Forum für osteuropäische Ideenund Zeitgeschichte, 8. Jg. (2004), H. 2, S. 136 f, vgl. G. Wettig, Stalin nd die kommunistischen Parteien in Westeuropa 1944 – 1951, in: JHK 2010, S. 1 – 13)



Erklärung der KPD (1945)

"Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk."



DKP (Programm 1978)

- Die DKP knüpfte bei ihrer **Neukonstituierung (1968)** direkt an die Traditionslinie der Volksfront-Politik an.
- Das Mannheimer Programm von 1978 gab der "antimonopolistischen Strategie" (AMS) erstmals eine ausgearbeitete strategische Form.
- Grundannahme: der bürgerliche Staat kann auf friedlichem Weg erobert und so die Überwindung des Kapitalismus erreicht werden – klarer Bruch mit dem Marxismus-Leninismus.
- **Drei Etappen:** von der "Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt" zur antimonopolistischen Demokratie und schließlich zum Sozialismus. Die AMD wird als Übergangsform mit Elementen beider Gesellschaftsordnungen (Kapitalismus / Sozialismus) beschrieben.
- Laut AMS ist eine **Regierungsbeteiligung der DKP** im bürgerlichen Staat, etwa in Form einer Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratie, strategisch notwendig.
- Ebenso Bündnisse mit kleinen und mittleren Unternehmern sowie bürgerlichen Parteien – den kleinen Unternehmern wird sogar perspektivisch der Erhalt ihres Privateigentums im Sozialismus zugesichert.
- Die **Sozialdemokratie** wird eher als Bündnispartner, kaum als systemstabilisierende Kraft betrachtet; Kritik richtet sich fast ausschließlich gegen deren Führung.



Protokoll

des Mannheimer Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei

Für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt

Volksfrontstrategie Fazit der kritisch zu bewertenden Punkte

- Strategie des Bündnisses mit Teilen des irgendwie nicht- "reaktionären, terroristischen, chauvinistischen, imperialistischen" Finanzkapitals
- Übertragung der Volksfrontpolitik als generelle Linie kommunistischer Politik auch jenseits des antifaschistischen Kampfs an spätestens 1944
- Etappen-Strategie und ihr entsprechender Bündnispolitik
- Im Kern: Bündnisse mit der Sozialdemokratie als bürgerlicher Partei über die Einheitsfrontpolitik hinaus auch "von oben"
- Beteiligung an dementsprechenden Regierungen auf bürgerlicher Grundlage, Möglichkeit der Nutzung des bürgerlichen Staats für den Übergang zur sozialistischen Revolution
- Vorstellungen eines friedlichen, parlamentarischen Wegs der Revolution ausgehend vom Rahmen des bürgerlichen Staats (so bereits der XX. Parteitag der KPdSU)

Thesen zur Diskussion / Kurzfassung:

- 1. Der VII. WK leitete eine strategische Wende ein, die als taktische Korrektur eingeführt wurde.
- 2. Die Frage war nicht mehr "Kapitalismus oder Sozialismus", sondern "Faschismus oder bürgerliche Republik".
- 3. Nach der Auflösung der Komintern wurde diese antifaschistische "Taktik" als allgemeinverbindlichen Strategie des Herankommens an die Revolution praktiziert und theoretisch begründet (z.B. antimonopolistische Strategie).
- 4. 1945 führte diese Orientierung u.a. in Italien dazu, dass die revolutionäre Situation verpasst wurde. Der **Volksfront-Etapismus** scheiterte erneut in Chile 1973, in Portugal 1974 und vielen andern Fällen (z.B. Eurokommunismus).
- Nach dem (fast) globalen Ende des Sozialismus hat die Verteidigung der Existenz der sozialistischen Staaten als oberste Priorität kommunistischer Politik keine Grundlage mehr.
- 6. Nur wenn wir unsere historischen Fehler und Niederlagen schonungslos aufarbeiten, können wir eine Strategie und Taktik für heute und morgen entwickeln!

"Wie will nun jemand die Wahrheit über den Faschismus sagen, gegen den er ist, wenn er nichts gegen den Kapitalismus sagen will, der ihn hervorbringt? Wie soll da seine Wahrheit praktikabel ausfallen?

"Die gegen den Faschismus sind, ohne gegen den Kapitalismus zu sein, die über die Barbarei jammern, die von der Barbarei kommt, gleichen Leuten, die ihren Anteil vom Kalb essen wollen, aber das Kalb soll nicht geschlachtet werden. Sie wollen das Kalb essen, aber das Blut nicht sehen. Sie sind zufriedenzustellen, wenn der Metzger die Hände wäscht, bevor er das Fleisch aufträgt. Sie sind nicht gegen die Besitzverhältnisse, welche die Barbarei erzeugen, nur gegen die Barbarei. Sie erheben ihre Stimme gegen die Barbarei und sie tun das in Ländern, in denen die gleichen Besitzverhältnisse herrschen, wo aber die Metzger noch die Hände waschen, bevor sie das Fleisch auftragen."

Bertolt Brecht, Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit, 1934/35

